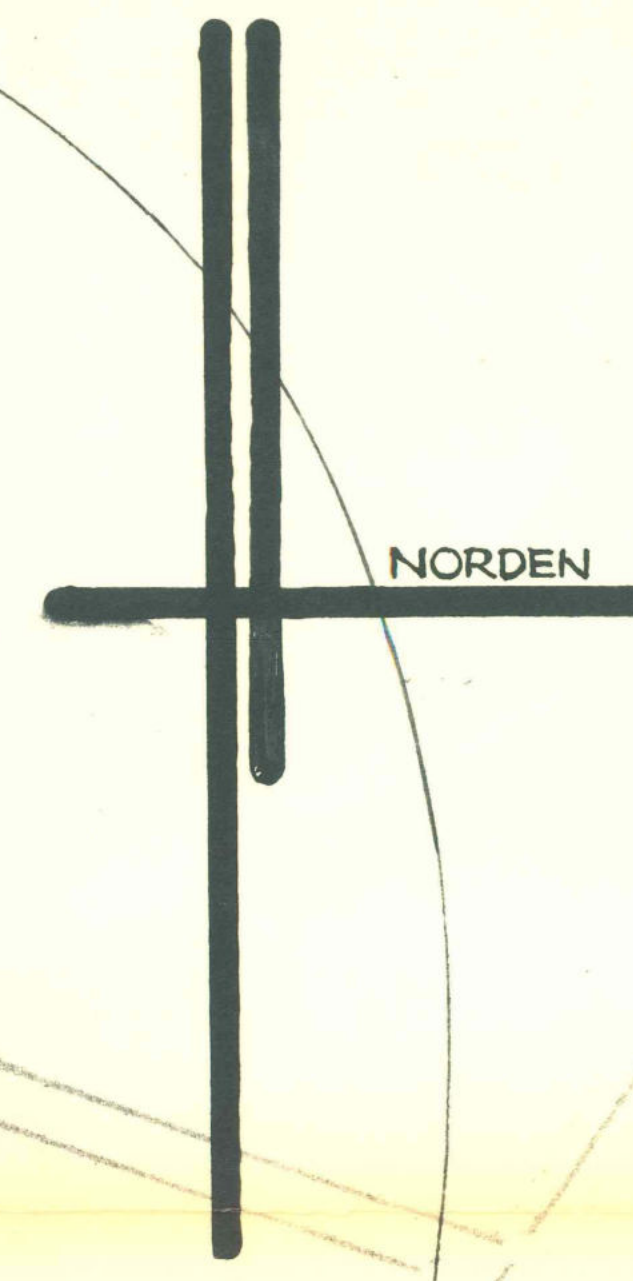


STADTPLANUNG
BÜRGERMEISTERAMT EPPINGEN ..

BEBAUUNGSPLAN

„SCHEUERLE I“

LAGEPLAN IM MASST.=1:500



EPPINGEN, IM OKT. 71

(PEUCKERT) BMSTR.

GEZ: APT. III - STADTBAUAMT: i.A. Feinger.

LEGENDE u. ZEICHENERKLÄRUNG:

BAUGEBIET: WA-WR=Allgem. od. reines WG
 MI=Mischgeb.; GE=Gewerbe; MD=Industriegebiet.
 GRUNDSTÜCKENZAHL, GRZ = z.B. 0.3
 (Zusatz für Eckgrundstücke: z.B. (0.2))
 BAUMASSENAHLE enthält:
 Zusatz zur Bauweise: 1 g = erdgesch. gesch. zul.
 SD = Satteldach 22°
 FD = Flachdach, WD = Walmdach, 25° b. 25° bis 25° von 0°
 2 WE = Höchstzahl der Wohnungen.

Zusatz: TH 3,2m = größte Traufhöhe bergseitig über nachfr. Gel.
 ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE
 (I) = zwingend, III = Höchstgrenze;
 GESCHLOSSENHEITENZAHL, GFZ = z.B. 0.05
 (Zusatz für Eckgrundstücke: z.B. (0.4))
 BAUWEISE: o = offen; g = geschlossen
 Zusatz: nur Einzel- od. Doppelhäuser zulässig.
 DACHFORM u. DACHNEIGUNG:
 FD = Flachdach, WD = Walmdach, 25° b. 25° bis 25° von 0°
 2 WE = Höchstzahl der Wohnungen.

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung.
- Baufähigkeit (zwingende Anbauvorschrift).
- Baugrenze
- Leitungstrassen u. Schutzstreifen
- Wasserrechtlicher Schutzstreifen
- öffentl. Grünanlage
- öffentl. Kinderspielplatz
- Umkleekabine Bodenwerk
- öffentliche Parkflächen
- Zufahrt verboten!
- Dauerkeimgärten
- Wasserflächen

ertsberg

Scheuerle

Scheuerle

ANSCHLUSSBLATT
NORDWEST - OSTWÄRTIGER TEIL

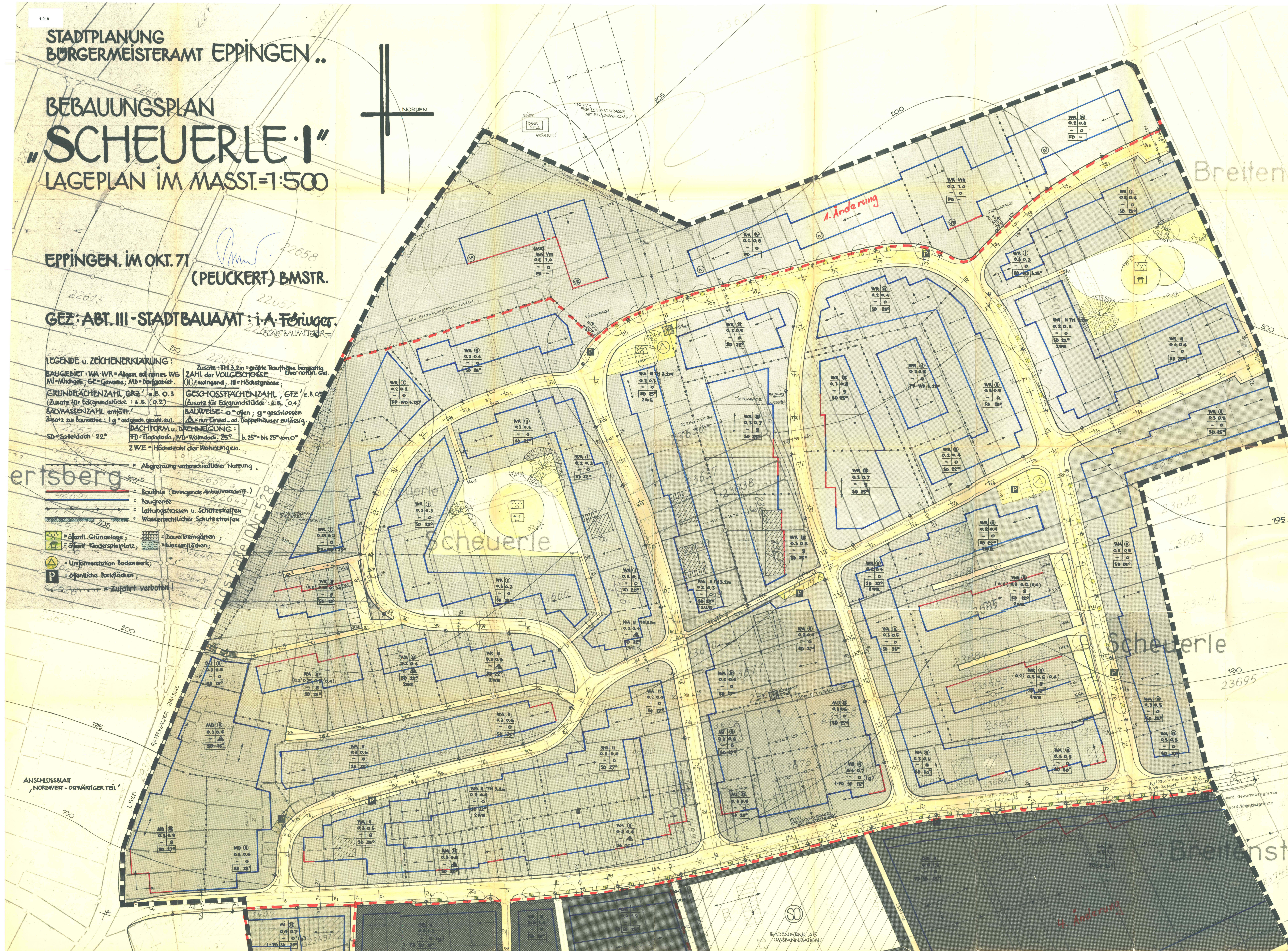
BADENWEK APT.
UMBAUSTATION

1. Änderung

4. Änderung

Breitenstraße

Breitenstraße



SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN

auf der Grundlage des Satzungsbeschlusses vom 13. Juni 1972

(§ 9 Abs. 1 BBauG - BauNVO 2. Fassung - § 111 LBO - § 1 der 2. DVO der Landesregierung Baden-Württemberg vom 27. 6. 1961 zum BBauG - GABl. S. 208).

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

- .1 In dem Baugebiet "Scheuerle I" sind neben den Verkehrsflächen und den öffentlichen Grün- und Kinderspielplätzen reines Wohngebiet (WR) allgemeines Wohngebiet (WA), Dorfgebiet (MD), Mischgebiet (MI), sowie Gewerbegebiete (GE) festgesetzt. Außerdem beinhaltet der Bebauungsplan Scheuerle noch im südlichen Teilbereich zwischen dem Scheuerlesgraben und der Elsenz Flächen für die Nutzung als Dauerkleingärten.
- .2 Die zwingend vorgeschriebene Geschößzahl (Z) ist im Plan in römischen Ziffern und mit einem Kreis versehen angegeben. Bei den Geschößzahlen ohne Kreissektor gilt die angegebene Stockwerkszahl als Höchstgrenze. In einigen Fällen ist dabei die Geschößzahl mit einem Zusatz versehen, welche die größte Traufhöhe an der Bergseite über dem vorhandenen Gelände zum Inhalt hat. Mit dieser zusätzlichen Festsetzung soll festgelegt sein, daß der Ausbau des Untergeschosses auch im Umfang eines Vollgeschosses zulässig ist, soweit sich dies aus der Geländesituation ergibt. An den Stellen wo die Stockwerkszahl verbindlich vorgeschrieben ist, ist die Ausnutzung von Untergeschossen als Wohngeschöß nicht zulässig, bzw. nur in dem Umfang, als dadurch kein weiteres Vollgeschöß entsteht.
- .3 Für die Grundflächenzahl (GRZ) und für die Geschößflächenzahlen (GFZ) gelten die im Lageplan angegebenen Werte für die jeweiligen Grundstücke innerhalb der Abgrenzungslinien. Bei gegliederten Baukörpern ist dabei die Summe aller Geschößflächen auf das Gesamtgrundstück zu beziehen. Bei den Reihenhauzeilen ist sowohl bei der Grundflächenzahl als auch bei Geschößflächenzahl ein zweiter Wert in Klammern angefügt. Diese Festsetzungen gelten jeweils für die Eckgrundstücke der Reihenhauzeile, da hier die Größenverhältnisse

zwischen bebaubarer Fläche und Grundstücksgröße anders als für ein Reihenmittelhaus ausfallen. Die im Lageplan ausgewiesenen Festsetzungen für Geschoßfläche und Grundfläche gelten für den Bereich der jeweiligen Grundstücke als Höchstgrenze. Ausnahmen davon sind lediglich in den drei Fällen möglich und zulässig wo die erforderlichen Garagen als Tiefgaragen vorgeschrieben sind. In diesen Fällen ist die zulässige Geschoßfläche um die Flächen notwendiger Garagen, die unter der Geländeoberfläche hergestellt werden, zu erhöhen.

- .4 Die Dachneigung ist für sämtliche Baukörper und Grundstücke in den Festsetzungen des Lageplanes aufgenommen. Dabei wird unterschieden zwischen Satteldach, Flachdach und Walmdach (SD, FD und WD). Für sämtliche Dächer gilt dabei, daß die Ausbildung von Kniestöcken unzulässig ist, bzw. nur in dem Umfang als das Maß von 37 cm von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Fußpfette nicht überschritten wird. Dabei ist der Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnzwecken nur in dem Umfang zulässig als dabei Dachgeschosse nicht zu Vollgeschossen werden dürfen, und zum andern auch alle übrigen Festsetzungen für dieses Baugrundstück eingehalten bleiben.

2. Einschränkungen bzw. Sonderbestimmungen für die Art und das Maß der baulichen Nutzung, bzw. für die Bebauung im Baugebiet insgesamt.

- .1 Entlang der Landesstraße L 528 ist entsprechend der Baugrenzen ein Anbauverbot auf die Gesamttiefe von 20 m festgesetzt. Dieser Schutzstreifen ist sowohl im eigenen Interesse als auch im Interesse des Immissionsschutz für das gesamte Baugebiet als Grünfläche so dicht wie möglich zu bepflanzen. Dieser Schutzstreifen entlang der Landesstraße erstreckt sich von dem Treppenaufgang des Fußweges Z - Z 5 bis zum Abschluß des Baugebietes im Norden.
- .2 Als weitere Einschränkung für das Baugebiet Scheuerle ist der vom Wasserwirtschaftsamt geforderte und im Lageplan eingetragene Hochwasserschutzstreifen entlang der Elsenz und der Hilsbach anzusehen. Dieser Schutzstreifen verläuft in einer Breite

von 15 m entlang der Hilsbach und der Elsenz (gemessen von der Uferböschungskante und ist von einer Bebauung und jeglicher Änderung der vorhandenen Geländehöhe für den Hochwasserabfluß frei zu halten. Eine Verbreiterung um 3 m erfährt dieser Schutzstreifen lediglich im Bereich des Grundstücks Flurstück-Nr. 23737. Diese Ausweitung wird erforderlich, weil auf der Gegenseite durch ein vorhandenes Bauvorhaben der Hochwasserabflußbereich eingeengt wäre.

- .3 Für die in Nordsüdrichtung verlaufende Trasse der 110 kV-Freileitung des Badenwerks wurde ein entsprechender Schutzstreifen in den Lageplan übernommen. Grundlage dieses Schutzstreifens sind die Planunterlagen des Badenwerks, und zwar das Längsprofil Nr. 14 (von Mast Nr. 57 bis Mast Nr. 59) sowie die Eintragungen des Badenwerks in den Übersichtslageplan, welcher am 12. Juli 1971 dem Bürgermeisteramt Eppingen übergeben wurde, und deren Werte voll inhaltlich in den Bebauungsplan-Lageplan übernommen worden sind. Diese Eintragung des Schutzstreifens und das Längsprofil Nr. 14 sind Bestandteile des Bebauungsplanes und schränken die Bebauungsmöglichkeit in diesem Bereich wie folgt ein. Innerhalb dieses angegebenen Schutzstreifens dürfen nur Bauwerke errichtet bzw. auch bestehende Gebäude oder Bauwerke umgebaut werden, deren Gesamthöhen die im Längsprofil zu entnehmenden Bebauungshöhen nicht überschreiten.

Ebenso sind die über das Plangebiet führenden 20 kV-Leitungen, deren Linienführung ebenfalls im Lageplan aufgenommen werden ist als Festsetzung zu werten, wobei hier als Einschränkung festgesetzt ist, daß zu den spannungsführenden Leiterseilen bei größtem Durchhang und Ausschwingung, sowie zu den zu errichtenden Gebäuden ein Mindestabstand von 3 m jederzeit eingehalten ist.

Darüber hinaus gilt als Festsetzung zum Bebauungsplan, daß die Elektrizitätsversorgungseinrichtungen, wie z. B. Masten, oder im Falle der Ortsnetzverkabelung wie im vorliegenden Fall auch Kabelverteilerschränke, die für die Stromversorgung notwendig werden, jetzt aber noch nicht in Zahl und Einbauort festgelegt werden können, auch späterhin auf als nicht überbaubar ausgewiesenen Flächen errichtet werden dürfen.

.4 Einschränkungen zu den Festsetzungen des Gewerbegebietes im südlichen Bereich der Scheuerlesstraße (C bis K 2) werden aufgrund § 8 Abs. 4 der Baunutzungsverordnung für dort an und für sich zulässige Betriebe und Anlagen wie folgt festgesetzt:

- a) Die von den zulässigen Betrieben ausgehende Luftverunreinigung darf die nach der TA - Reinhaltung der Luft, der Bundesregierung vom 8. 9. 1964 nicht überschreiten.
- b) Die Abfallbeseitigung darf benachbarte Baugebiete und Grundstücke andersartiger Nutzung nicht stören oder belästigen.
- c) Das offene Verbrennen von Abfällen und Produktionsrückständen oder sonstigen Materialien ist nicht zulässig.
- d) Bei Tag und Nacht dürfen an keinem Punkt des Gewerbegebietes im Baugebiet Scheuerle die Höchststrichwerte der technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 16. 7. 1968 von zur Zeit 65/50 dB (A), mit den Beurteilungspegeln überschritten werden.
- e) An jedem Punkt aller Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen müssen sich die vom Gewerbegebiet ausgehenden Lärmimmissionen mit den Beurteilungspegeln um mindestens 3 dB (A) unter den für diese Angrenzergebiete festgesetzten Richtwerten der technischen Anleitung zum Schutze gegen Lärm vom 16. 7. 1968 halten. Enthalten DIN 18005 oder die VDI-Richtlinien 2058 weitergehende Anforderungen, gilt jeweils die strengere Vorschrift. Diese Einschränkung für das gesamte Gewerbegebiet - einschließlich dem Sondergebiet der Badenwerks AG - wurden getroffen, um für die gegenüberliegende Straßenseite auf eine Festsetzung als Mischgebiet verzichten zu können. Mit einer Ausweisung als Mischgebiete für die gegenüberliegende Straßenseite (nördliche Straßenseite) wäre die Folge

unter Umständen ein weiteres Vordringen von sonstigen nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben in das Wohngebiet gewesen, was allerdings als nachteiliger angesehen werden muß, als entsprechende Einschränkungen für das als Gewerbegebiet festgesetzte Gelände südlich der Scheuerlesstraße.

- f) Für das gesamte Gewerbegebiet südlich der Scheuerlesstraße gilt als Festsetzung, daß gewerbliche Bauvorhaben an der im Lageplan eingetragenen Baulinie unmittelbar zur Scheuerlesstraße hin anzuordnen sind. Dabei ist jeweils die Rückseite der Gebäude zur Straßenseite zu orientieren, damit der gesamte Betriebslärm und alle übrigen Immissionen soweit sie überhaupt zulässig sind, zur Gegenseite (WA und MD - nördlich der Scheuerlesstraße) weitestgehend abgeschirmt werden. Diese Wandflächen dürfen zur Scheuerlesstraße keine Öffnungen haben und sind höchstens mit feststehenden Lichtbändern zu versehen. Zur optischen und gestalterischen Verbesserung sind die Vorgartenzonen gärtnerisch anzulegen, soweit nicht zum Teil hier der Stellplatznachweis erbracht werden muß.

- .5 Zu den unter Punkt .4 aufgeführten Einschränkungen im Gewerbegebiet allgemein gilt für die Grundstücke der Spedition Dietrich als zusätzliche Einschränkung das im Lageplan ausgewiesene Zufahrtsverbot, wobei außerdem als Festsetzung gilt, daß der gesamte Speditionsverkehr zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr nur über die Eisenbahnstraße (von und in Richtung Kläranlage) abzuwickeln ist, um die Lärmbelästigung entlang der bebauten Hauptsammelstraße (Scheuerlesstraße), auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

- .6 Abweichend von den im Plan angegebenen Geschößzahlen sind allgemein für Verwaltungsgebäude bis zu vier Geschossen zulässig, soweit sich diese Bauvorhaben auf die als Gewerbegebiet ausgewiesenen Flächen beschränken und in Verbindung mit den vorgesehenen Gewerbebetrieben überhaupt zulässig sind.

- .7 In dem als Dauerkleingartengebiet ausgewiesenen südlichen Teilbereich des Bebauungsplanes "Scheuerle" sind Bauvorhaben nur zulässig, soweit es sich um Gerätehütten handelt, die einmal die Grundmaße von 5 qm nicht übersteigen, maximal 2,50 m hoch sind und in fachgerechter Holzbauweise erstellt werden. In jedem Fall besteht aber auch für diese zulässigen Vorhaben Anzeigepflicht, bzw. sind die Vorschriften des Kleinbautenerlasses vom 28. Juli 1971 Nr. V 4200/67 - GABl. Nr. 29 vom 23. September 1971, Seite 857 bis 860 zu beachten.

3. Bauweise und Stellung der baulichen Anlagen

Die Firstrichtung ist im Bebauungsplan - Lageplan - verbindlich angegeben. Doppelhäuser sind nur an den dafür festgesetzten Grundstücken zulässig, eine weitere Aufteilung der nach dem Lageplan vorgesehenen Grundstücke wird nicht gestattet. Reihenhausgrundstücke sind ebenfalls gesondert festgesetzt und mit dem Hinweis g (= geschlossene Bauweise) gekennzeichnet. Einige Grundstücke sind im Nutzungskreuz mit einem Zusatz versehen (I g). Dies bedeutet, daß für die grundsätzlich festgesetzte offene Bauweise eine erweiterte Auslegung möglich ist, d. h. daß hier erdgeschossige Baukörper in geschlossener Bauweise bis an die Grenze herangeführt werden können. An den Stellen, wo das Richtungszeichen für die Gebäudestellung mit einem Seitenpfeil versehen ist, soll darauf hingewiesen sein, daß auch zu dem Hauptbaukörper ein rechtwinklig anschließender Anbau zulässig ist.

4. Höhenlage der baulichen Anlagen

Die Gebäude sind unter Berücksichtigung der Geländeform und der Straßenhöhe so anzuordnen, daß keine hohen Sockel sichtbar werden und die Gebäude kein gestelztes Aussehen erhalten. Ausgangspunkt für alle Höhenangaben der geplanten Gebäude soll sein, daß die Oberkante der Kellerdecke an der höchsten Stelle des Geländes nicht mehr als 20 cm herausragt. Dabei gilt im Bereich der mehrgeschossigen Baugruppen (Straße J 6 bis J 10) und bzw. der Hauptsammelstraße N bis Q, bzw. Q 6, daß die Festlegung der Erdgeschoßhöhen für jedes Grundstück gesondert anzunehmen sind, d. h. bei geschlossener Bauweise oder bei einer Staffelung des Baukörpers die Einzelabschnitte auch in der Höhe untereinander abzusetzen. Durch die Höhenlage des Baugebietes und die mehrgeschossige Bauweise wird in diesem Zusammenhang gleichzeitig festgesetzt, daß für die Wasserversorgung Hausdruckerhöhungsanlagen zur Verbesserung der Wasserversorgung innerhalb der Gebäude vorzusehen sind.

5. Stellplätze und Garagen

Für die Anordnung und die Stellung der Garagen sind die Festsetzungen des Bebauungsplanes verbindlich. Verbindlich sind dabei nur für drei Baugruppen Tiefgaragen vorgeschrieben. Ansonsten kann die Anordnung der Garage im Grundstück frei gewählt werden. Beachtung ist dabei lediglich der Tatsache zu schenken, daß zur Straßenbegrenzung ein Stauraum von mindestens 5,50 m einzuhalten ist, Kellergaragen sind dort unzulässig, wo sich nicht durch das natürliche Gelände eine Ausnützung dazu von selbst ergibt. Der Ausbau von Kellerräumen zu Garagen ist dort nicht zulässig, wo dies nur mit einer mehr als 15 % geneigten Zufahrtsrampe ohne waagrechte Auslauffläche von mindestens 3 m Länge möglich wird, bzw. der Einbau einer Kellergarage nur zu Lasten eines hohen Sockels erzielt werden kann. Garagenstellplatzflächen sind parallel bzw. im rechten Winkel zur Gebäudestellung anzuordnen um ein Größtmaß an Ordnung zu erzielen. Bei größeren Garagenhöfen, bzw. Stellplatzflächen ist zu berücksichtigen, daß jeweils nur eine Zufahrt zur Straße von maximal

5 m Breite zulässig ist. Dies gilt insbesondere an den Stellen, wo öffentliche Parkplätze ausgewiesen worden sind. Aus Gründen der städtebaulichen Konzeption und zur optimalen Erhaltung von Freiflächen sind die Grundstücke, für welche Tiefgaragen vorgeschrieben sind so zu planen, daß einmal mindestens $2/3$ des Gesamtbedarfs an Stellflächen in Form von Tiefgaragen nachgewiesen wird und diese Tiefgaragen bei den Dachflächen soweit sie nicht mit dem aufgehenden Bau identisch sind zum Bauabschluß wieder mit Humus abzudecken sind um ein Begrünen zu erwirken.

- a) Einzelgaragen: Die Höhenlage von oberirdischen Garagen ist ohne Sockel entsprechend der vorgegebenen Geländehöhe anzuordnen. Dabei ist in der Regel der Abschluß in Form eines Flachdachs auszuführen. In Ausnahmefällen ist auch ein Einbeziehen der Garagen unter das Hauptdach der Wohngebäude zulässig. Allerdings ist bei der Anordnung der Garagen an der Grenze zu beachten, daß eine Ausnutzung des geländebedingten Untergeschosses oder rückwärtiger Raumteile als Öltankraum, Geräteraum oder ähnliches nicht zulässig ist. Im übrigen gelten die Bestimmungen der LBO.

6. Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen

Die Festsetzung, die zur einheitlichen äußeren Gestaltung führen sollen sind alle dem Lageplan zu entnehmen. Hier ist sowohl die Dachneigung als auch die Dachform verbindlich festgelegt. Es wird hier nochmal darauf hingewiesen, daß die Anordnung von Kniestöcken unzulässig sind, bzw. auf das Maß von 37 cm beschränkt bleiben müssen.

7. Straßenausbau

Die Straßen und Fußwege sind entsprechend den Festsetzungen im Bebauungsplan (einschließlich Längs- und Querprofile) auszubauen. Wo sich durch die Geländeverhältnisse bedingt, Einschnitte oder Aufschüttungen ergeben, sind die entsprechenden

Böschungen (Böschungsneigung 1:1,5) gegen Ersatz des entstehenden Schadens in die Grundstücke einzulegen. Ein Anspruch auf Stützmauern besteht nicht. Sämtliche Gehsteigrückkanten werden durch Leistensteine abgesichert. Für privat errichtete Sockelmauern erfolgt kein Kostenersatz. Die Wohnwege zu den Reihenhaushausgruppen und zu den öffentlichen Grünanlagen sind grundsätzlich für den Fahrverkehr mit Pkw und Krafträdern gesperrt. Entsprechende Vorrichtungen werden mit dem Ausbau der Erschließungsanlagen eingebaut. Lediglich als Notwegrechte dürfen diese Wege in Ausnahmefällen von Krankenfahrzeugen, Mietwägen, Öltankfahrzeugen bis maximal 10000 Ltr. Fassungsvermögen, Feuerwehrautos und der städtischen Müllabfuhr befahren werden. Nach Abwicklung der entsprechenden Dienstleistungen ist jedoch der Zuweg umgehend wieder frei zu machen.

8. Müllbehälter

Für das Unterbringen von Müllbehältern sind in den Gebäudewänden Nischen oder auf dem Baugrundstück mittels Mauern und Fertigteilschränken geeignete Vorkehrungen zu treffen, so daß keine Mülltonnen frei herumstehen. Bei den Plätzen für mehrgeschossige Bauweise ist dabei von der Möglichkeit der Aufstellung von Großbehältern - sogenannten Containern - Gebrauch zu machen. Grundsätzlich ist für jede Wohnung ein geeigneter Standplatz für eine Mülltonne bereits im Bauantrag auszuweisen.

9. Strom- und Fernmeldeleitungen

Sämtliche Leitungen zur elektrischen Stromversorgung und für den Fernmeldebetrieb sind zu verkabeln. Die dafür notwendigen Einrichtungen, Kabelverteilerschränke oder ähnliches, die für die Stromversorgung und den Fernmeldebetrieb notwendig werden, sind auch späterhin auf den als nicht überbaubar ausgewiesenen Flächen zu gestatten.

10. Geschlossene Bauweise - Brandmauern

An den Stellen wo die Grenzbebauung festgelegt ist, sind die Umfassungswände der Gebäude als eigenständige Brandmauern herzustellen. Sollte dabei das Nachbaranwesen erst später bebaut werden oder im Besitz eines anderen Eigentümers stehen, so sind diese Wandflächen in gleicher Weise wie die Straßenvordächer (z. B. Putz und Farbanstrich) zu behandeln.

11. Einfriedigungen

Im Bereich des Gewerbegebietes entlang der Scheuerlesstraße und entlang der Wohnwege für die Reihenhausergruppen soll weitgehendst auf eine Einfriedigung verzichtet werden. Hier ist vorgesehen, die Vorgartenbereiche zumindest optisch in den Straßenraum mit einzubeziehen.

Entlang der übrigen Straßen, soweit sich keine größeren Böschungen als 40 cm an der Gehsteigrückkante ergeben sind naturbelassene Holzzäune in Form von Scherenzäunen auszuführen. Anstelle der Holzeinfriedigungen können auch dichtwachsende, winterharte Hecken mit innenliegendem Spanndraht vorgesehen werden. Die Höhe der Einfriedigung darf 1,25 m nicht überschreiten. An Stellen, wo für den Straßenbau erforderliche Abgrabungen über 50 cm Höhe vom Grundstückseigentümer Mauern errichtet werden möchten, sind diese zulässig als rau geschalter naturbelassener Einkornbeton oder als Betonwerksteinmauern. Diese Mauern sollten jedoch insgesamt eine Höhe von 70 cm nicht übersteigen. Ist vorgesehen, daß auf den Mauern schmiedeeiserne Zäune angeordnet werden, so ist das Maß der Sockelmauer auf maximal 30 cm Höhe zu beschränken und die Gesamthöhe des Zaunes bei einer Gesamthöhe von insgesamt 1,0 m abzuschließen. Grundsätzlich soll jedoch versucht werden, straßenzugsweise einheitliche Straßengrenzungslinien zu schaffen, so daß für die endgültige Gestaltung den Empfehlungen der Baugenehmigungsbehörde zu folgen ist. Für alle Grundstückseinfriedigungen ist jedoch zu beachten, daß die Sichtdreiecke zu den Straßeneinmündungen eine Beeinträchtigung nur in der Form erfahren dürfen, als

die Gesamthöhe der Einfriedigungen in diesen Abschnitten 80 cm Höhe nicht überschreiten darf. Grundstücke untereinander, sowie die rückwärtigen Grenzen sind wenn möglich ohne Abgrenzung zu belassen, bzw. in Form von kunststoffbeschichteten Maschendrahtzäune welche zweckmäßigerweise mit lebenden Hecken zu verpflanzen sind zu versehen. Hierbei ist die maximale Höhe auf 1,0 m festgelegt. Für alle übrigen Pflanzungen auf den Privatgrundstücken sind die Vorschriften des Nachbarrechtes sinngemäß anzuwenden.

12. Kinderspielflächen

Unabhängig von der Einrichtung der öffentlichen Kinderspielplätze im Baugebiet Scheuerle gelten für die Ausweisung und Unterhaltung von Kinderspielflächen auf Privatgrundstücken die Vorschriften der Landesbauordnung in der Fassung vom 16. 3. 1972.

BÜRGERMEISTERAMT EPPINGEN , den 5. Januar 1972



(Peuckert)

Bürgermeister

aufgestellt: Abt. III - Stadtbauamt

Im Auftrag



(Föringer)

Stadtbaumeister

Ergänzt, unter Berücksichtigung der Bedenken und Anregungen, welche vom Gemeinderat in der Sitzung vom 7. März 1972 als begründet übernommen wurden.

BÜRGERMEISTERAMT EPPINGEN , den 25. April 1972



(Peuckert)

Bürgermeister

aufgestellt: Abt. III - Stadtbauamt

Im Auftrag



(Föringer)

Stadtbaumeister